

Für mich ist ein Grundsatz wichtig: Humanitäre Hilfe gegenüber Menschen darf nicht kriminalisiert werden, ganz egal, welchen Aufenthaltsstatus diese Menschen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/6675 an den Innenausschuss** – federführend – sowie an den **Integrationsausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

5 Gesetz zur Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6689

erste Lesung

In Verbindung mit:

Verantwortung übernehmen – Zügig mehr irakische Flüchtlinge aufnehmen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/6671

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6756

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst für die Landesregierung wieder Herrn Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Asylbewerberzahlen steigen rasant – bundesweit und auch bei uns in

Nordrhein-Westfalen. 2012 waren es noch 15.000 Menschen, die den Weg nach Nordrhein-Westfalen gefunden und hier um Asyl gebeten haben. In diesem Jahr erwarten wir mehr als 37.000 Menschen.

Hinter jedem dieser Menschen steht ein Schicksal, eine lange Flucht, ganz oft ein menschliches Drama. Wir müssen es ehrlich so beurteilen, wie es ist, meine Damen und Herren: Niemand von diesen 37.000 verlässt seine Heimat ohne Grund und ohne Not. Das heißt aber auch für uns in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen: Wir müssen zuallererst diesen Menschen eine menschenwürdige Unterkunft zur Verfügung stellen. Das ist nicht nur unsere rechtliche Pflicht, sondern auch unsere moralische und humanitäre Pflicht.

Diesem Anspruch gerecht zu werden, ist aktuell wirklich harte Arbeit. Diese Arbeit leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium, in den Bezirksregierungen, die dringend Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen suchen, die Stadtverwaltungen in 396 Kommunen, aber auch die vielen Menschen, die sich in den Einrichtungen darum kümmern, dass die, die bei uns Schutz suchen, auch gut betreut werden.

Die Erstaufnahme und die längerfristige Unterbringung der Asylsuchenden ist eine große Aufgabe für unsere Kommunen. Wir wollen ihnen dabei helfen, diese Herausforderung zu bewältigen. Ich habe es gerade schon in der Rede zuvor gesagt: Wir wollen zuallererst eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, damit die Schutzsuchenden in das Sozialgesetzbuch einbezogen werden können. Das ist und das bleibt unser Ziel, meine Damen und Herren.

Aktuell wissen wir nicht, ob und, wenn ja, wann es uns gelingt, dieses Ziel zu erreichen. Das heißt für das Land Nordrhein-Westfalen: Wir müssen jetzt im Rahmen dessen, was wir leisten können, die nötige Entlastung für unser Kommunen schaffen. Diesen Zweck verfolgt die Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes.

Wie im letzten Jahr auch passen wir die Zuweisung gegenüber den Kommunen an. Diese Zuweisung ist aufgrund der allseits bekannten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes erforderlich. Sie beträgt für das Jahr 2015 insgesamt 32 Millionen €. Das sind 12 Millionen € mehr als für das laufende Jahr 2014. Insgesamt geben wir unseren Kommunen mit dem FlüAG im kommenden Jahr über 140 Millionen € weiter. Das ist eine Steigerung von mehr als 50 Millionen € im Vergleich zum aktuell laufenden Jahr.

Und wir sorgen für mehr Gerechtigkeit bei der landesweiten Verteilung. Bisher wurden nämlich unbegleitete Flüchtlinge, die jünger als 16 Jahre alt sind, bei der Berechnung außen vor gelassen. Das ändern wir; denn die Kommunen sind nicht nur in der juristischen Pflicht, sondern auch in der moralischen

Pflicht, sich gerade um diesen Personenkreis zu kümmern, zum Beispiel bei der Inobhutnahme durch das Jugendamt. Damit schaffen wir auch dort Entlastung. Ich darf anfügen, dass die kommunalen Spitzenverbände diese Regelung ausdrücklich begrüßen.

Neben der genannten Gesetzesnovelle, meine Damen und Herren, geht es auch um den Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Ich bin den Fraktionen dankbar, dass sie hier ein wichtiges Thema aufgreifen, dass wir als Parlament ein deutliches Zeichen gegen den Terror, gegen die Gewalt und gegen den Hass insbesondere gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten im Nordirak setzen. Das sind vor allem Jesiden, das sind Christen und andere Minderheiten, die in dieser Region zurzeit einem unglaublichen Leid ausgesetzt sind. Wir müssen versuchen, das zu mildern. Wir werden nicht alle Flüchtlingsprobleme des Irak hier lösen können. Aber gerade aufgrund unserer geschichtlichen Verpflichtung und unserer humanitären Verpflichtung geht in Deutschland nichts daran vorbei, dass wir denen, die dringend Aufnahme benötigen, auch eine Aufnahme zukommen lassen.

Herr Stamp, ich habe den Änderungsantrag Ihrer Fraktion gesehen. Ich nehme gerne den Auftrag auf, das Thema mit meinen Kollegen in der Innenministerkonferenz – die Herbstkonferenz ist ja nicht mehr weit; es ist bereits angemeldet, Arbeitsgruppen bereiten es gerade vor – zu erörtern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, entschuldigen Sie. Würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Vogt von der CDU zulassen?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ja, natürlich.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte, Frau Kollegin.

Petra Vogt (CDU): Herr Minister Jäger, Sie sprachen gerade davon, dass es aus Ihrer Sicht notwendig ist, die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Halten Sie eine Unterbringung in einem Zeltlager für menschenwürdig?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Frau Vogt, da wir aus der gleichen Stadt kommen, meinen Sie vermutlich das Zeltlager in Walsum, von dem Sie wissen, dass es nicht belegt ist und als Reserve für einen Ultima-Ratio-Fall dient. Die Stadt Duisburg und das Land arbeiten mit Hochdruck daran, die schwierige Unterbringungssituation in Duisburg so zu regeln, dass ein solches Zeltlager nicht in Anspruch genommen werden muss, anders als in

Bayern, wo Zirndorf überlastet war und Flüchtlinge inzwischen in einem Festzelt untergebracht sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte gerne noch auf den Antrag von Herrn Stamp und seiner FDP zu sprechen kommen.

(Zuruf von Petra Vogt [CDU])

– Bitte?

(Petra Vogt [CDU]: Keine Antwort ist auch eine Antwort!)

– Das war eine eindeutige Antwort, Entschuldigung. Sie können ja gerne noch eine Zwischenfrage stellen, anstatt einen Zuruf zu machen.

Herr Stamp, ich habe gestern noch mit dem Staatsminister im Auswärtigen Amt gesprochen, was die Realisierung eines Flüchtlingsprogramms für Flüchtlinge aus dem Nordirak angeht.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, entschuldigen Sie die erneute Unterbrechung. Aber Ihrer ausdrücklichen Einladung,

(Minister Ralf Jäger: Die hat gefruchtet!)

Ihnen eine erneute Zwischenfrage zu stellen, ist Frau Kollegin Vogt sofort nachgekommen. Deshalb bin ich mir sicher, Sie werden sie zulassen.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Gerne.

Petra Vogt (CDU): Herzlichen Dank. – Herr Minister Jäger, wir haben Ihre Antwort nicht so genau verstanden. Deswegen fragen wir noch mal nach, damit Sie es präzisieren. Sie sagen also: „Eine Unterbringung im Zeltlager ist nicht menschenwürdig“?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Nein, natürlich nicht, Frau Vogt. Dann will ich das noch mal genau erklären. Ich will Bezug nehmen auf den Geschäftsführer der Diakonie in Duisburg, Herrn Kiepe-Fahrenholz, den ich übrigens sehr schätze.

Er hat in einem offenen Brief sehr deutlich dargelegt: Diejenigen, die von außen jetzt darauf zeigen und das kritisieren, sind genau diejenigen, die nichts zur Lösung dieser Unterbringungsprobleme in der Vergangenheit beigetragen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diese Kritik aus der Ferne, die bei der Daraufschau stattfindet, vergisst dabei völlig, dass die Stadt Duisburg in einer extrem angespannten Situation ist und selbst sagt:

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Andere auch!)

Das kann nur die Ultima Ratio sein. Statt Menschen unter Brücken und unter freiem Himmel schlafen zu lassen, wird eine vorübergehende Unterbringung in Zeltstädten dann erforderlich, wenn wir es nicht schaffen, in Duisburg ausreichend Kapazitäten gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bezirksregierung Arnsberg zu akquirieren. – Aber Sie können daran, dass diese Zeltstadt nicht belegt ist, feststellen, dass diese Bemühungen offensichtlich fruchtbar sind.

Herr Stamp, ich würde jetzt gerne – dritter Anlauf – zu Ihrem Antrag kommen wollen. Ich habe große Sympathie dafür, dass wir in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen in Abstimmung mit dem Bund und den Ländern zu einem Aufnahmeprogramm für irakische Flüchtlinge kommen wollen. Die Situation ist aber eine andere als in Syrien.

Ich habe gestern mit dem Staatsminister im Auswärtigen Land die Lage erörtert. Wir müssen Folgendes konstatieren: Die Bundesrepublik Deutschland ist in der deutschen Vertretung im Irak zurzeit mit einem Beamten des höheren Dienstes vertreten. Wir haben im Nordirak keine funktionierenden oder zugelassenen Flüchtlingsorganisationen, die ein Aufnahmeprogramm für uns realisieren können.

Wir sind wahrscheinlich einer Meinung: Beim Aufnahmeprogramm muss es darum gehen, nicht wahllos Flüchtlinge aufzunehmen, sondern insbesondere die aufzunehmen, die besonders schutzwürdig sind: Waisen, Kranke, Verletzte, getrennte Familien. Und wir haben die Situation im Nordirak, dass die Menschen, die dort auf der Flucht sind, faktisch keine Papiere besitzen. Das mag nach Bürokratie klingen, aber das Auswärtige Amt sagt, dass eine Visumserteilung dadurch allein schon schwierig wird.

Deshalb, Herr Stamp, reicht es nicht, im Landtag etwas zu beschließen. Es darf kein Symbol sein, sondern es muss praktisch umgesetzt werden können. Ich mache aber die Zusicherung, dass das natürlich Gegenstand der laufenden Erörterungen zwischen den Innenministern der Länder und des Bundes ist und auch auf der Innenministerkonferenz ein Thema sein wird, an das wir mit großer Intensität in der Diskussion herangehen werden – immer mit dem Ziel, dass, wenn wir ein solches Programm auflegen, Herr Stamp, es auch tatsächlich realisierbar sein sollte. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächster Redner spricht Herr Kollege Yetim für die SPD-Fraktion. Bevor er das Wort ergreift, darf ich darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 1:35 Minuten überzogen hat.

(Minister Ralf Jäger: Durch die Zwischenfragen!)

– Aber Herr Minister Jäger, Sie werden doch wohl nicht vermuten, dass wir Fragen von Ihrer Redezeit abziehen. Das kam noch obendrauf.

(Minister Ralf Jäger: Dann bin ich ja beruhigt!)

Keine Sekunde ist Ihnen verlorengegangen. Dass Sie das vermuten, befremdet das Präsidium.

(Heiterkeit)

Also: Jetzt hat Herr Kollege Yetim das Wort, und wenn er möchte, für 6:35 Minuten. Diese Zeit haben die anderen Fraktionen natürlich auch. Bitte, Herr Kollege.

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Wochen haben uns erschreckende Nachrichten und Bilder aus dem Irak erreicht. Die Terrorgruppe Islamischer Staat geht brutal gegen die Bevölkerung vor. Die barbarische Gewalt dieser Terroristen verurteilen wir hier, denke ich, auf das Schärfste, und wir fordern die Bereitstellung umfassender Hilfeleistungen vor Ort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich muss im Zentrum der Hilfe für die Menschen die humanitäre Hilfe selbst stehen. Deutschland leistet bei der Bewältigung dieser Krisen sehr viel und hat auch für den Irak bereits den Transport von Hilfsgütern veranlasst. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass die humanitäre Hilfe der Bundesregierung allein leider nicht in ausreichendem Maß zur Entschärfung der Situation beitragen wird.

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind inzwischen mehr als eine Million Menschen auf der Flucht. Viele dieser Menschen leben ohne Dach und Schutz im Freien und brauchen insbesondere aufgrund des bevorstehenden Winters dringend Hilfe. Da werden auch die 150 t Hilfsgüter, die Deutschland geliefert hat, nicht ausreichen.

Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass die Bundesregierung nicht nur entschieden hat, Waffen in den Irak zu liefern, um die Kurden militärisch im Kampf gegen die Terroristen zu unterstützen, sondern sich auch die Bundeskanzlerin dafür ausgesprochen hat, mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen der SPD und der Grünen sind sich bewusst, dass bereits jetzt viele Städte und Kommunen in Nordrhein-Westfalen durch den Anstieg der Flüchtlingszahlen vor großen Herausforderungen stehen. Gleichwohl erfordert diese besondere Situation im Irak unser politisches Handeln. Es ist für eine Industrienation wie Deutschland, denke ich, eine moralische Verpflichtung, dass wir eine unkomplizierte und schnelle Aufnahme von Flüchtlingen in unser Land ermöglichen. Zudem ist es von zentraler Bedeutung, dass Deutschland sich auf europäischer Ebene dafür

einsetzt, dass eine EU-Flüchtlingskonferenz einberufen wird.

Mit unserem vorliegenden Antrag fordern wir die Landesregierung auf, sich auf der Bundesebene für die Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus dem Irak einzusetzen. Ziel sollte es dabei sein, ein Bundesprogramm aufzubauen.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass bei Bewilligung eines Bundeskontingents keine finanzielle Belastung für das Land entsteht. Somit wird auch die schwierige finanzielle Situation einiger nordrhein-westfälischer Kommunen nicht weiter strapaziert. Im Gegenteil – Minister Jäger hat es gerade bei der Vorstellung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes noch einmal ausgeführt – soll die pauschalierte Landeszuweisung für das Jahr 2015 auf 32 Millionen € ansteigen.

Was wir aber unabhängig von den finanziellen Mitteln natürlich organisieren müssen, ist die Unterbringung. Einige Kommunen stoßen bereits jetzt an ihre Grenzen. Wir hatten gerade bei einer Zwischenfrage das Thema „Zeltstädte“, was die Unterbringung betrifft. Darüber werden wir aber, Herr Herrmann, morgen noch einmal sprechen.

Es zeigt sich oftmals, dass auch in diesem Zusammenhang gesellschaftliche, kommunale Akteure noch über Kapazitäten verfügen. Ich rufe daher alle auf, ihre Möglichkeiten zu überprüfen und sie in den Diskussionsprozess einzubringen, damit Kommunen überhaupt nicht auf den Gedanken kommen, eine Zeltstadt aufzubauen oder in irgendwelche Sporthallen oder sonst wo ausweichen zu müssen, um diesen Menschen zunächst einmal eine Möglichkeit zu geben. Das muss frühzeitig geschehen. Diese Herausforderung, die auf uns zukommt, lässt sich nur gemeinsam bewerkstelligen.

Zu dem Änderungsantrag der FDP: Gestern ist von Rot-Grün an die FDP, Herr Stamp, das Angebot gekommen, dass wir eine gemeinsame Formulierung finden, in der wir den Innenminister bitten, sich bei der Innenministerkonferenz dafür einzusetzen, dass die Länder, initiiert durch den Bund, Länderprogramme auflegen können. Wir brauchen zwischen den Ländern und dem Bund ein abgestimmtes Verfahren. Ich glaube, darüber sind wir uns einig, dass auch ein Aufnahmeprogramm koordiniert sein muss. Sie sind nicht darauf eingegangen und stellen einen eigenen Antrag.

Ich glaube, dass diese Landesregierung sich sehr stark für Flüchtlinge einsetzt. Das haben wir in den letzten Monaten auch gesehen.

Das aber, was Sie in diesem Antrag suggerieren, nämlich dass diese Landesregierung Unterschiede zwischen verschiedenen Flüchtlingen machen würde, kann ich hier mit aller Deutlichkeit zurückweisen. Ich glaube eher – Herr Stamp, das tut mir ein bisschen leid; ich habe vorhin Ihre Pressemitteilung gelesen –, Sie wollen sich auf Kosten der Flüchtlinge

profilieren und versuchen dabei, Rot-Grün vorzuführen. Das finde ich, wenn wir über Flüchtlingsproblematik reden, nicht in Ordnung. Das finde ich ein Stück weit schäbig.

(Beifall von der SPD – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Kolleginnen und Kollegen, für den Antrag „Verantwortung übernehmen – Zügig mehr irakische Flüchtlinge aufnehmen“ hoffe ich

(Zuruf von Serap Güler [CDU])

– Frau Güler, na ja – auf die breite Unterstützung aller Fraktionen dieses Hauses. Ich glaube, es wäre wichtig, dass wir gemeinsam ein humanitäres Signal von Düsseldorf nach Berlin senden.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Habe ich gerade gemacht!)

– Herr Stamp, auch wenn ich an der Stelle vielleicht ein bisschen zu hart war: Aber wenn Sie Ihre Pressemitteilungen noch einmal durchlesen, werden Sie sehen, dass Sie der Landesregierung genau an der Stelle vorwerfen, dass sie einen Unterschied zwischen den verschiedenen Flüchtlingen macht. Das tun wir nicht, sondern wir versuchen, das zu bewerkstelligen, was wir als Land leisten können. Das haben wir beim Syrien-Konflikt gemacht. Ich denke, wenn wir das abgestimmt machen, bekommen wir das auf der Bundesebene auch für die irakischen Flüchtlinge hin. Darum geht es nämlich. Es geht um die Menschen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aktuelle Schätzungen zufolge sind im Irak mehr als 1,2 Millionen Menschen auf der Flucht. Es sind hauptsächlich ethnische und religiöse Minderheiten, die vor der Gewalt und der barbarischen Verfolgung der IS geflohen sind. Hinzu kommen – das wird oftmals vergessen – weit über 200.000 syrische Flüchtlinge, die über die Grenzen geflohen sind und in dieser Region Schutz gesucht haben.

Die Sicherheitslage stellt derzeit eine ganz große Herausforderung für alle Helfer dar, da die Flüchtlinge und die Vertriebenen nicht stationär in Flüchtlingslagern untergebracht sind, sondern sich sehr stark in der Region bewegen und Korridore und sichere Transportwege zu den Betroffenen sehr schwer herzustellen sind. Die Helfer haben große Schwierigkeiten, die Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen bzw. sie überhaupt zu erreichen. Die gesamte Region kommt mit diesen Flüchtlingen an ihre Grenzen und ist überfordert.

Als Reaktion darauf hat die Türkei schon die Grenze geschlossen. Mir liegt der Bericht einer Familie vor, die versucht hat, über die türkische Grenze zu kommen, vor der geschlossenen Grenze stand, jetzt im Niemandsland auf der Straße schläft und durch die UN kaum mit dem Nötigsten versorgt werden kann. Berichte über solche Schicksale, auch über Einzelschicksale von Menschen, erreichen uns täglich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen leider davon ausgehen, dass Krieg und Verfolgung im Irak andauern werden. Daher sollten wir nicht den Fehler machen, den die Bundesregierung bei dem Konflikt in Syrien gemacht hat, nämlich zuzuwarten – vielleicht entwickelt sich das noch, vielleicht entspannt sich die Lage wieder – und sich erst sehr spät, nach sehr langem, zähem Ringen, bereitzuerklären, syrische Flüchtlinge aufzunehmen, und zwar Stück für Stück, in drei Aufnahmeprogrammen: erst 5.000, dann noch einmal 5.000 und jetzt noch einmal 10.000.

Ich denke, es ist richtig – daher die heutige Initiative der rot-grünen Koalition –, schon jetzt die Voraussetzungen für ein Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge aus dem Irak zu schaffen, auch wenn es aktuell unglaublich schwer ist – der Minister hat es dargestellt; die Informationen erreichten mich auch –, die Menschen aus der Krisenregion herauszuholen, sie mit Papieren zu versorgen, sie zu den Botschaften zu bringen, ihnen Visa zu erteilen und sie tatsächlich aus der Not herauszubringen. Ich glaube dennoch, dass hier keine Zeit damit vertan werden soll, auf stabilere Verhältnisse dort zu hoffen, sondern wir sollten jetzt eine Initiative starten und ein Angebot machen, Menschen, die in Not sind, aus der Situation herauszuholen.

Schon 2008 sind im Übrigen auf Initiative der Innenministerkonferenz 2.500 Iraker – das dürfen wir nicht vergessen – in Deutschland aufgenommen worden. Das war ein CDU-Integrationsminister. Herr Kruse, wenn Sie sich an die Zeit noch erinnern: Es war Armin Laschet, der damals die Iraker in Nordrhein-Westfalen aufgenommen und gesagt hat: Wir müssen in Nordrhein-Westfalen eine Willkommenskultur für diese Menschen schaffen. – Armin Laschet hat damals recht gehabt. Genauso wichtig ist es, heute hier für diese Menschen eine Willkommenskultur herzustellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Übrigen ist eine gute Integration der Menschen gelungen, die wir damals hier aufgenommen haben. Ein Aufnahmeprogramm in Deutschland – und auch eines der EU – wäre also auch aus unserer Sicht ein wichtiges Signal, nicht nur für die Menschen in Not, sondern auch zur Unterstützung der gesamten Region, die von der Gefahr der Destabilisierung betroffen ist, selbst wenn es, wie gesagt, derzeit schwierig ist, die Menschen hierherzuholen und eine Ausreise zu organisieren.

Zum FDP-Antrag: Herr Stamp, bemerkenswert finde ich immer wieder, dass die FDP erst in Oppositionszeiten – leider, kann ich nur sagen – den Flüchtlingsschutz aus humanitären Gründen entdeckt. Ich habe hier fünf Jahre lang einen Innenminister Wolf erlebt, und ich hätte mir auch einmal in Regierungszeiten solche Signale wie die, die Sie jetzt dankenswerterweise aussenden, von einem Innenminister der FDP in aktueller Verantwortung in einer Innenministerkonferenz gewünscht. Da war fünf Jahre lang Funkstille. Das finde ich sehr schade.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Abschaffung der Kettenduldung!)

Trotz alledem begrüße ich das und bedanke mich für Ihre Initiative. Man sollte ja nicht zurückschauen, sondern nach vorne, und jedem die Chance geben, die Politik zu verändern. Es ist gut, dass Sie die Politik hier verändert haben.

Selbstverständlich gehe ich davon aus, dass der Innenminister auch als IMK-Vorsitzender – er hat es ja angekündigt – das Thema in die Innenministerkonferenz einbringt und versucht, das in Abstimmung mit den anderen Bundesländern und dem BMI zu machen; denn nur so funktionieren solche Landesprogramme. Da braucht es die Zustimmung des BMI. Alle Landesprogramme, die es in der Vergangenheit gab, wurden in der Innenministerkonferenz vorabgestimmt, und es ist auch richtig so, dass hier alle Länder an einem Strang ziehen.

Wir haben Ihnen auch das Angebot gemacht, eine entsprechende Formulierung in unseren Antrag aufzunehmen, damit Sie dem zustimmen können.

Leider haben Sie dieses Angebot abgelehnt und auf Ihrem eigenen Antrag beharrt. Das finde ich schade.

Aber ich gehe davon aus, dass sich dieser Innenminister dieses Bundeslandes auch weiterhin in der Innenministerkonferenz für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzt, so wie er es auch für die syrischen Flüchtlinge getan hat.

Um es noch einmal abschließend zu sagen: Es war die Initiative aus NRW, die maßgeblich dazu beigetragen hat, dass wir ein drittes Bundeskontingent mit weiteren 10.000 Flüchtlingen aus Syrien tatsächlich umsetzen können. Dafür gebührt Ralf Jäger auch mal ein herzlicher Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Mit dem Flüchtlingsaufnahmegesetz gehen wir zwei Dinge an.

Der eine Punkt ist die Entlastung der Kommunen, indem wir den Kommunen 32 Millionen € mehr wegen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz zur Verfügung stellen. Damit hat das Land NRW in insgesamt vier Jahren 74 Millionen € über die im Flüchtlingsaufnahmegesetz ausgewiesenen Pauschalen hinaus an die Kommunen geleistet.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Achten Sie bitte auf die Zeit, Frau Kollegin.

Monika Düker (GRÜNE): Das ist das Eine, was wir mit diesem Gesetz möchten.

Das Zweite ist die Anrechnung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unter 16 Jahren auf die Quote von aufzunehmenden erwachsenen Flüchtlingen, da die Versorgung der Minderjährigen gerade in den Grenzregionen die Kommunen vor besondere Herausforderungen stellt. Auch hier möchten wir sie entlasten.

Schönen Dank. Morgen haben wir ja noch weitere Debatten dazu.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Kruse das Wort.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns sicher einig darin, dass der weltweite Flüchtlingsstrom Richtung Europa mit zu den größten politischen Herausforderungen der kommenden Jahre gehört. Deutschland hat weltweit die meisten Asylbewerber. Es waren 2013 über 120.000, und wir gehen derzeit auf die 200.000 zu. Aus meiner Sicht hat die Asyldebatte gerade erst begonnen, unter anderem auch deswegen, weil sich viele in Europa an unserer Flüchtlingspolitik orientieren, wie vor wenigen Tagen der Chef der Flüchtlingshilfsorganisation UNHCR, Hans ten Feld, in Berlin bestätigt hat.

Hinweisen möchte ich darauf, dass eine verantwortungsvolle Asylpolitik auch darauf ausgerichtet sein muss, die große Aufnahmebereitschaft, die erfreulicherweise unsere Gesellschaft auszeichnet, für die Aufnahme von wirklich Schutzbedürftigen zu erhalten.

Ich erwähne dies auch deswegen, weil wir zurzeit auf Bundesebene eine Debatte darüber erleben, ob das Einvernehmen der Großen Koalition in Berlin Gesetz werden kann, nämlich die Staaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sogenannte sichere Herkunftsländer einzustufen, um mit der gestiegenen Zahl von Asylsuchenden aus diesen Staaten besser umgehen zu können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch das gehört in den Zusammenhang mit der Debatte über den vorliegenden Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD sowie den Änderungsantrag der FDP, dass wir mehr irakische Flüchtlinge aufnehmen sollten.

Die CDU-Fraktion teilt dem Grunde nach das Anliegen des vorliegenden Antrags – um das vorwegzunehmen. Ja, die Lage im Nordirak ist besorgniser-

regend. Die Terrormiliz Islamischer Staat will ein Kalifat errichten und richtet ein Blutbad unter all denjenigen an, die ihre Ideologie oder ihre Auslegung des Glaubens ablehnen. Der kurdischen Bevölkerung soll ihre Heimat genommen werden. Jesiden und Christen, Frauen und Kinder und westliche Ausländer werden hingerichtet.

Hier darf Deutschland nicht wegsehen. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit. Das ist Ausdruck von humanitärer Verantwortung. Das ist auch eine Schutzmaßnahme der westlichen Welt vor der Etablierung islamistischer Terrorstrukturen.

(Beifall von der CDU)

Dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen uns zu diesem komplexen Thema einen Antrag vorlegen, der noch dazu gemeinsam mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes nach nur fünf Minuten Redezeit pro Fraktion heute hier direkt abgestimmt werden soll, wird aus meiner Sicht der Tragweite der Problematik insgesamt leider nicht wirklich gerecht.

(Monika Düker [GRÜNE]: Da haben Sie recht!)

Ausdrücklich darauf hinweisen möchte ich – ich bitte um Nachsicht dafür, dass ich kritisiere, dass weder der Kollege Yetim noch Sie, Frau Düker, daran erinnert haben –, dass die Große Koalition in Berlin am 1. September einvernehmlich, dass der Deutsche Bundestag ein Gesamtpaket zur Eindämmung der katastrophalen Situation im Irak beschlossen hat. Dieses Gesamtpaket besteht aus einem Dreiklang von in besonderer Weise humanitärer Hilfe in Form von Nahrung und Medikamenten, von finanzieller Unterstützung der Flüchtlinge und von Ausrüstungshilfe. Ich erinnere an die Diskussion über Waffenlieferungen an die irakischen Kurden.

Von der letztgenannten Form der Hilfe ist in Ihrem Antrag keine Rede, was wohl auch damit zu tun haben kann, dass das Thema „Waffenlieferungen“ in einer problematischen Diskussion innerhalb der rot-grünen Koalition natürlich höchst umstritten ist.

Hinsichtlich der Frage, ob ein Bundesprogramm sinnvoll wäre, sind zumindest Zweifel angebracht. Ich verweise darauf, dass der Innenminister in der letzten Innenausschusssitzung auf erhebliche bürokratische Hürden im Zusammenhang mit der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen hingewiesen hat, und zum Irak ist gerade einiges ausgeführt worden.

Die Flüchtlingszahlen sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Ich möchte, da meine Redezeit abgelaufen ist, an dieser Stelle die Grundhaltung unseres Bundesinnenministers hervorheben, der vor wenigen Tagen verdeutlicht hat, dass es keine Obergrenze für Asylbewerber in Deutschland gibt und dass alle einen Anspruch auf ein Asylverfahren haben und dass politisch Verfolgte eben Anspruch auf Schutz haben. Aber er hat ebenfalls hervorge-

hoben, dass wir nicht alle Mühseligen und Beladenen dieser Welt in Deutschland aufnehmen können.

Ich erwähne das deswegen, weil ich die asylpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion der Grünen insgesamt darum bitte, dass sie ihre – ich bezeichne es so – grüne narzisstische Blockadehaltung in der Bundesratssitzung am 19. September – das ist in wenigen Tagen – aufgeben.

Es geht darum, ob es in Europa, ob es innerhalb der Europäischen Union sogenannte sichere Herkunftsländer gibt. Ihre Blockadehaltung, Frau Düker – ich sage das in aller Nüchternheit –, wird auf dem Rücken derer ausgetragen, die sich in unseren Kommunen, in den Städten und Gemeinden dafür einsetzen, dass Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Kruse, würden Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Düker zulassen?

Theo Kruse (CDU): Ja, sehr gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte, Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Kollege Kruse, Sie haben uns gerade eine narzisstische Blockadehaltung vorgeworfen. – Wie positionieren Sie sich hier im Landtag zu folgender Frage: Warum haben Sie eine geradezu – mir fällt gerade kein Pendant zu narzisstisch ein – besessene Blockadehaltung gegenüber der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes? Wenn wir es abschaffen würden, könnten wir die Kommunen um 50 % entlasten – hier in NRW ist das dringend nötig – und mehr Flüchtlingsschutz gewähren. Warum haben Sie gegenüber diesem Gesetz eine so besessene oder zwanghafte Blockadehaltung? Das würde mich auch mal interessieren. Das sollten Sie vielleicht auch mal erläutern.

Theo Kruse (CDU): Frau Düker, wir diskutieren heute über vorliegende Anträge. Ich habe daran erinnert, dass aus meiner Sicht ein Zusammenhang mit der Veränderung des Asylrechts auf Bundesebene besteht. Das Asylrecht wird auf Bundesebene gemacht, die Große Koalition, sprich: CDU/CSU und SPD, hat sich einvernehmlich darauf verständigt, dass die genannten sicheren Herkunftsländer innerhalb der Europäischen Union tatsächlich als solche anerkannt werden. Wir wissen, dass auch aus diesen Ländern die Zahlen der Asylsuchenden deutlich gestiegen sind.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist nicht meine Frage!)

Ich bitte Sie, diese Blockadehaltung im Bundesrat aufzugeben, damit wir uns darauf verständigen können, wie es die Große Koalition in Berlin getan hat: Ja, es gibt in der Europäischen Union sichere Herkunftsländer, und wir kümmern uns tatsächlich um die politisch Verfolgten aus den Ländern, die wir hier heute angesprochen haben. – Das Asylrecht wird nicht in Bayern, im Saarland, in Schleswig-Holstein und auch nicht in Nordrhein-Westfalen gemacht, sondern es ist ein Bundesgesetz.

Jetzt können Sie sagen, die Länder können Ergänzungen vornehmen, finanzielle und sachliche Unterstützungen leisten. Sie sagen, die Kommunen würden entlastet, beantworten aber nicht die Frage, wer dann belastet wird. Irgendwoher muss das Geld letztendlich kommen, und irgendeiner muss zahlen. Auch diese Diskussion führen wir sehr gerne, und wir haben das in den letzten Jahren immer wieder verdeutlicht.

Ich bin enttäuscht darüber, dass Sie in Ihrem vorliegenden Antrag nicht eine einzige Anmerkung dazu machen, wer das finanzieren soll, wie die Kommunen die Aufnahme von Flüchtlingen finanziert bekommen sollen, wenn Ihr Antrag verwirklicht würde. Auch deswegen können wir unsere Zustimmung nicht erteilen. Wir lehnen ihn aber auch nicht ab, weil das Grundanliegen berechtigt und verständlich ist und auch wir der Auffassung sind: Ja, wir müssen in Deutschland tatsächlich mehr leisten als vielleicht andere europäische Länder. Aber ich habe eingangs darauf hingewiesen:

(Monika Düker [GRÜNE]: Herr Kauder fordert das übrigens auch!)

Weltweit nehmen wir die meisten Asylbewerber auf – in diesem Jahr voraussichtlich 200.000. Mit diesen Zahlen und unseren Anstrengungen brauchen wir uns nicht zu verstecken. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung machen: Ich glaube, dass es bei steigenden Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen das Wichtigste ist, dass es nie wieder eine Asyldebatte wie Anfang der 90er-Jahre gibt, und daran sollten wir uns alle bei der Tonalität orientieren.

Deswegen ist es auch richtig und wichtig, dass alle demokratischen Parteien dem unsinnigen Vorstoß von Horst Seehofer zu Kontrollen an den deutschen Grenzen eine klare Absage erteilt haben.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Das gilt für die CDU, für die FDP, für die SPD und die Grünen.

Wir besprechen hier den Gesetzentwurf zur Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes einerseits und andererseits den Antrag auf ein Bundesprogramm für Flüchtlinge aus dem Irak.

Zunächst ist es richtig – das wird in Ihrem Gesetzentwurf angesprochen –, zukünftig unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bei der Berechnung der Flüchtlingszuweisung an die Kommunen zu berücksichtigen, auch wenn sie keinen Asylantrag gestellt haben. – Das findet auch unsere Unterstützung.

Es ist ebenfalls richtig, dass die Kommunen zukünftig insgesamt mehr Mittel erhalten. Allerdings wird das, was Sie hier fordern, nicht ausreichen. Dazu haben wir aber einen Antrag vorlegt, der morgen auf der Tagesordnung steht und hoffentlich auch mit der gebotenen Sachlichkeit diskutiert wird.

Selbstverständlich stimmen wir der Überweisung des Gesetzentwurfs zu.

Wir kommen zum Antrag 16/6671 „Verantwortung übernehmen – Zügig mehr irakische Flüchtlinge aufnehmen“, dessen Inhalt wir im Grundsatz teilen.

Wir sind aber der Meinung, Herr Yetim, dass man es sich nicht so einfach machen kann, wie Sie es eben ausgeführt haben. Sie sagen: Dann macht der Bund ein Programm, und das ist ganz toll, weil wir in NRW dafür nichts bezahlen müssen.

Das ist genau der Punkt, der uns unterscheidet. Darum finde ich es auch nicht fair, wenn Sie mir Schädlichkeit vorwerfen, weil wir bei unserem Antrag bleiben. Es hat Gespräche über einen möglichen gemeinsamen Antrag gegeben. Uns ist gesagt worden: Nein, das geht nicht, in der Innenministerkonferenz herrscht ein gewisses Einstimmigkeitsprinzip, und das ist im Moment nicht hinzubekommen. Deswegen können wir das nicht machen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Dann haben wir uns gesagt: Der Druck auf den Minister ist größer, wenn wir den Antrag so stellen. Und ich bin sehr dankbar, dass Minister Jäger dieses Thema sehr klar aufgegriffen hat und eine klare Ankündigung gemacht hat. Wir nehmen ihn beim Wort.

Wir haben uns – das habe ich übrigens hier erwähnt – in der Vergangenheit darauf verlassen können, als wir eine ähnlich kontroverse Diskussion über die Erweiterung unseres Landesprogramms zugunsten der Syrer geführt haben. Hier hatten wir erst eine beschränkte Zahl; das ist nachher erweitert worden. Dazu haben wir auch einen Antrag gestellt, der von Rot-Grün abgelehnt worden ist, aber vom Minister insofern aufgenommen worden ist,

dass er gesagt hat: Ich setze mich dafür ein. – Am Ende sind wir zu dem gewünschten Ergebnis gekommen.

Genauso werden wir das jetzt wieder machen. Wir werden einen gewissen Druck aufbauen, weil wir wollen, dass auch die Iraker die Chance haben.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, Entschuldigung. Frau Kollegin Düker möchte auch Ihnen eine Frage stellen.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Ja.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte, Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Kollege Stamp, aus meiner Sicht haben Sie es gerade nicht korrekt dargestellt. Wir haben versucht, einen einvernehmlichen Antrag zu formulieren. Ich lese vor, welches textliche Angebot wir Ihnen gemacht haben:

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vergessen Sie bitte nicht, eine Frage zu stellen!

Monika Düker (GRÜNE): - Ich frage, ob er diesem Textentwurf zustimmt oder nicht - ... sowie sich in der Innenministerkonferenz – also Nordrhein-Westfalen – in Abstimmung mit dem BMI für Aufnahmeprogramme der Länder analog der Aufnahmeprogramme für syrische Flüchtlinge einzusetzen ...

Das war das textliche Angebot an Sie. Sie machen daraus, wir hätten geantwortet, in der IMK gebe es sowieso keine Mehrheit, also würden wir es lassen. – Aber genau das Gegenteil ist der Fall.

Erinnern Sie sich an diese textliche Version und stimmen ihr nach wie vor zu?

Dr. Joachim Stamp (FDP): Sie haben uns gegenüber geäußert, dass Nordrhein-Westfalen nicht vorsehen könne, weil es vorher in der Innenministerkonferenz eine entsprechende Abstimmung geben müsse. – Das ist übrigens nicht richtig.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ich habe es Ihnen gerade vorgelesen!)

Vielmehr muss das gegenüber dem BMI passieren. Wenn es Praxis der Innenministerkonferenz ist, dass vorher alles in Einstimmigkeit beschlossen werden muss, ist das nicht unser Problem, Frau Düker. Dann muss man vielmehr hinterfragen, ob dieses Prinzip richtig ist. Deswegen sind wir bei unserem Antrag geblieben.

(Beifall von der FDP)

Das hat nichts mit „Schäbigkeit“ zu tun. Freuen wir uns, dass wir im Hause insgesamt vielleicht auf dem richtigen Weg sind. Denn die Situation, die wir erleben, ist unerträglich, was die Jesiden angeht, die Christen und andere Gruppen. Herr Kruse hat es gerade ausgeführt.

Herr Minister, ich möchte noch auf einen Aspekt zu sprechen kommen. Sie haben davon gesprochen, dass UNHCR und Auswärtiges Amt argumentiert hätten, es sei schwierig, dort Menschen mit Papieren auszustatten und mit ihnen ein ähnliches Programm wie das mit den Syrern zu machen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Das gilt doch für das Bundesprogramm im Antrag von Rot-Grün genauso. Das ist doch kein Argument gegen unseren Antrag, der will, dass sich das Land beteiligt.

Im Übrigen gibt es noch die Region um Arbil, wo die Möglichkeit besteht, die Menschen auf eine Ausreise vorzubereiten. Zudem besteht dort die Notwendigkeit, dass wir das tun, weil die autonome Region der Kurden im Irak völlig überfordert ist: Auf der einen Seite müssen sie sich gegen die Schlächter der IS verteidigen, auf der anderen Seite haben sie es mit Tausenden und Abertausenden Flüchtlingen zu tun.

Wenn wir als Nordrhein-Westfalen ein Zeichen setzen und mit vorangehen, versuchen, zumindest einige aus dem Gebiet herauszuholen, entspricht das einer tiefen humanen Verantwortung und hat nichts mit „Schäbigkeit“ zu tun.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Stamp. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Herrmann das Wort.

Frank Herrmann* (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Bürgerinnen und Bürger im Saal und im Stream! Herr Kruse, Sie hatten eben angemerkt, dass wir hier nur über vorliegende Anträge diskutieren sollten. Das Thema „Sichere Herkunftsstaaten“ lasse ich deshalb weg, weil das sonst ausufern würde.

Trotzdem: Frau Düker hat eben darauf hingewiesen, dass wir zwei Anträge behandeln, die eigentlich sehr wenig miteinander zu tun haben. Ich verstehe nicht, warum wir über die Flüchtlingsaufnahme in Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit einem Antrag sprechen, der ein Bundesaufnahmeprogramm für irakische Flüchtlinge fordert. Vielleicht wollen Sie mit diesem großherzigen Appell an die Bundesregierung auch nur von dem dünnen Inhalt Ihres Flüchtlingsaufnahmegesetzes ablenken.

Natürlich ist es gut, dass wir in dieser Woche gleich auf der Grundlage mehrerer Anträge über die Flüchtlingskrisen in NRW und auch in der Welt reden. Heute und morgen tun wir das hier im Landtag.

Aber reden allein hilft nicht. Bereits letztes Jahr haben wir über das Flüchtlingsaufnahmegesetz hier im Plenum gesprochen, und zwar unter dem Eindruck einer der vielen schlimmen Tragödien vor Lampedusa. Daran möchte ich erinnern. Es war der 3. Oktober 2013. Fast 400 Menschen ertranken damals. Wir waren alle sehr erschüttert.

Eine Änderung in der Flüchtlingspolitik beziehungsweise eine neue Konzeption – wie wir es in einem Antrag nannten – schien möglich. Wir alle waren uns einig, dass es ein „Weiter so!“ nicht geben darf. Sie versprachen Reformen, liebe Landesregierung, auch in NRW. Nun legen Sie abermals ein Flüchtlingsaufnahmegesetz vor, das lediglich eine Anpassung der Landeszuweisung an die höheren Flüchtlingszahlen enthält. Wo sind Ihre Vorschläge, wo die Initiativen?

Herr Minister Jäger, Sie haben letztes Jahr in der Debatte gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Menschen eine menschenwürdige Unterkunft zur Verfügung zu stellen, ist Aufgabe dieses Landes. Dazu kann es keine zwei Meinungen geben.“ – Ende des Zitats.

Es war eben zwar schon angesprochen worden, aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass ich nicht verstehe, wie Sie zulassen konnten, dass in Ihrer Heimatstadt Duisburg eine Zeltstadt zur Unterbringung von Flüchtlingen geplant und aufgebaut wurde. Die Nutzung der Zeltstadt konnte letztendlich nur verhindert werden, weil die Kirchen eingesprungen sind, nicht das Land.

(Minister Ralf Jäger: Quatsch!)

Die Kirchen haben Wohnungen gestellt. Das Land hat dazu keinen Beitrag geleistet.

Nun denkt Duisburg über die Unterbringung von Menschen in Schrottimmobilien nach. Das darf alles nicht wahr sein. Denn auch bei der verzweifelten Suche nach Unterbringungseinrichtungen müssen doch humanitäre und menschenwürdige Standards berücksichtigt werden – Konnexität hin oder her. Es geht um die Menschenwürde. Die ist kein Deutschenrecht, sondern ein Menschenrecht.

Frau Düker, Sie sagten uns im letzten Jahr: Nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz ist vor dem Flüchtlingsaufnahmegesetz! – Sie versprachen uns, dass Sie bei der Wiedervorlage des Flüchtlingsaufnahmegesetzes unsere Anregungen aufgreifen würden.

Wir haben mittlerweile zwei Anträge mit sehr guten Vorschlägen in der Beratung und eine Anhörung gemacht, wo die Forderung nach dezentraler und humaner Unterbringung in Wohnungen besprochen worden ist. Die Experten haben uns rundweg bestätigt und so viele gute Argumente und Vorschläge für eine Neukonzeption der Flüchtlingsaufnahme geliefert, dass Sie die Dinge doch nur eins zu eins übernehmen müssen.

Aber im Gesetzentwurf steht nichts drin. Dieser Gesetzentwurf zur Flüchtlingsaufnahme ist meiner Meinung nach nur ein erneutes Zeichen für die Bankrotterklärung – so muss ich es bezeichnen – der rot-grünen Flüchtlingspolitik.

In der nächsten Sitzung des Innenausschusses beraten wir auch auf unsere Initiative hin über das Aufnahmesystem des Landes. Das läuft nun auch schon seit zwei Jahren im Notbetrieb und ist aktuell wieder völlig zusammengebrochen. Im Moment herrscht offensichtlich das reinste Chaos.

Aus Dortmund bekommen wir die Meldung, dass Menschen dort vorgestern die Nacht in den Fluren der Ausländerbehörde verbracht haben. Mehrere Busse mit Flüchtlingen aus Nordrhein-Westfalen sind Anfang der Woche in Hessen in der dortigen Erstaufnahme in Gießen aufgetaucht, völlig ohne Anmeldung, ohne Erstversorgung. Und hungrig waren die Menschen. Die Helfer dort hatten bis tief in die Nacht zu tun, um die Menschen notdürftig zu versorgen.

Eine ordentliche Aufnahme und Beratung ist so sicher nicht möglich. Ich finde es unerträglich, was wir den Menschen, die seit Tagen und Wochen auf der Flucht – oft auch aus Krisen- und Kriegsgebieten – sind, hier durch fahrlässige Planung antun.

Herr Kruse, dass wir von einer Flüchtlingswelle überrollt würden, mag ich nicht mehr hören – ebenso wenig ähnliche Superlative zur Beschreibung der Situation. Vor 22 Jahren haben wir mit ca. 440.000 Flüchtlingen fast dreimal so viele Menschen wie heute bei uns untergebracht. Das war auch möglich. Die Verantwortlichen für solche Meinungsmachemeldungen sollten sich wirklich schämen.

Als mittlerweile zweitgrößter Waffenexporteur der Welt haben wir zudem eine besondere Verpflichtung für die Flüchtlingsaufnahme aus Kriegsgebieten.

Auf die Vorschläge nach dem Bundesaufnahmeprogramm für irakische Flüchtlinge möchte ich nur kurz eingehen.

Ich empfehle meiner Fraktion, beide Anträge, also auch den FDP-Vorschlag zur Erweiterung um ein Landesprogramm, anzunehmen, und appelliere bei einer möglichen Umsetzung, nicht die gleichen bürokratischen Hindernisse auf- und einzubauen wie beim Aufnahmeprogramm für die syrischen Flüchtlinge. Denn die Menschen brauchen jetzt die Hilfe – und nicht erst in zwölf Monaten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen erstens über den Gesetzentwurf Drucksache 16/6689 ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/6689 an den Innenausschuss**. Zwischenzeitlich haben sich alle Fraktionen darauf verständigt, den Gesetzentwurf auch an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** zu überweisen. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den debattierten Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Beide antragstellende Fraktionen haben direkte Abstimmung zu ihrem Antrag Drucksache 16/6671 beantragt.

Bevor wir zu dieser Abstimmung kommen, müssen wir noch den Änderungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/6756 behandeln. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zustimmen möchte. – Die FDP-Fraktion und die Piratenfraktion. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die CDU-Fraktion. Damit ist der **Änderungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/6756** mit der festgestellten Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/6671. Wer für diesen Antrag votieren möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie die Piratenfraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Kein Kollege. Wer enthält sich der Stimme? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/6671** mit dem festgestellten Abstimmungsverhalten der Fraktionen mehrheitlich **angenommen**.

Ich rufe auf:

6 Kindertageseinrichtungen nicht im Stich lassen – finanzielle Auskömmlichkeit der Kindertagesstätten zügig evaluieren und anpassen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6680

Für die antragstellende FDP-Fraktion erteile ich, nachdem ich die Aussprache eröffnet habe, Herrn Abgeordneten Hafke das Wort. Bitte.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Gesetz ist im besten Fall eine gelungene Verkopplung von Zielen und Mitteln zu ihrer Erreichung. Idealerweise sollte ein beschlossenes Gesetz auch bei den